

Gesetzesvorlage für Rahmenbedingungen in der politischen Bildung

Ausschuss des Jugendparlaments beschäftigt sich mit Änderung des Schulorganisationsgesetzes

Wien (PK) – Die Regierung will mit einer Änderung im Schulorganisationsgesetz einen stärkeren Fokus auf die Vermittlung von Grundkenntnissen legen. Politische Bildung sei eine Voraussetzung sowohl für die individuelle Entfaltung als auch für die Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Ganzen, heißt es in den Erläuterungen zur Gesetzesvorlage.

Damit alle SchülerInnen ein solides Wissen über die Institutionen des Staates erlangen können, sei es unerlässlich, dass der Unterricht einen eindeutigen Schwerpunkt auf Wissensvermittlung setzt. Schülerinnen und Schüler sollen demnach in keiner Weise politisch indoktriniert werden. Daher will die Regierung gesetzlich festschreiben, dass aktuelle politische Themen kein Gegenstand des Unterrichts mehr sein dürfen.

Das schließe mit ein, dass es in Zukunft keine Diskussionen mit Politikerinnen und Politikern an Schulen mehr geben könne, so die Erläuterungen. Wenn Lehrerinnen und Lehrer nicht entsprechend vorgehen, würden sie demnach gegen ihre Dienstpflichten verstoßen und können zur Verantwortung gezogen werden.

Die jungen Abgeordneten werteten in der ersten Ausschusssitzung des Jugendparlaments politische Bildung als ein wichtiges Thema. Es gab zur Regierungsvorlage aber einige kritische Anmerkungen und Änderungsvorschläge.

Die Weißen vertreten die Ansicht, dass aktuelle politische Themen im Unterricht erlaubt bleiben sollten. Die im Gesetzesentwurf genannten „Grundkenntnisse“ seien zu unpräzise formuliert, erläuterte ihr Ausschussprecher. Außerdem wollen sie andere Systeme und politische Meinungen sowie Vertiefungen in politische Systeme kennenlernen.

Als nächstes meldeten sich die Orangen zu Wort, die den Weißen grundsätzlich recht gaben. Allerdings sollten ihrer Meinung nach aktuelle politische Themen erst ab der 9. Schulstufe Einzug in den Unterricht finden. Zudem sprachen sie sich dafür aus, dass Lehrpersonen ihre eigene politische Meinung äußern können. Andere Ansichten sollten aber ebenso, nämlich sachlich, objektiv, vielseitig und kontrovers, behandelt werden.

Der violette Klub hob die Wichtigkeit politischer Diskussionen in Schulklassen hervor. Die Voraussetzung dafür sei, dass vorher die Bildung politischer Meinung als Grundlage gefördert wird. Die Gelben wollen ebenso eine Vertiefung der Grundkenntnisse und können den Aussagen des weißen Klubs einiges abgewinnen.

Weitgehend einig waren sich alle RednerInnen, dass auch tagespolitische Themen ihren Platz im Unterricht behalten sollten. Grundkenntnisse alleine zu vermitteln wäre aus Sicht aller Klubs unzureichend. (Schluss) fb/fk/mbu